

8. XI. 1918

**Neue Anleihen.**

**Zwei Milliardenanleihe des „k. k. Finanzministeriums“. — Eine Anleihe Deutsch-österreichs. — Die Wiener Stadtanleihe.**

Der k. k. Finanzminister Dr. Redlich hat mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank auf Grund der ihm im Budgetprovisorium eingeräumten und noch nicht ausgenützten Kreditermächtigung eine Vereinbarung über einen Voranschuß getroffen, durch welchen die noch laufenden und demnächst fällig werdenden Verpflichtungen erfüllt werden sollen, soweit sie sich auf die noch gemeinschaftlichen Interessen der neuen Nationalstaaten beziehen. — Wie wir vernehmen, wird dieses Darlehen einen Betrag von zwei Milliarden Kronen umfassen.

Der deutsch-österreichische Staat wird in naher Zeit an seine Bürger mit der Aufforderung herantreten, für die Zwecke des neuen Staates die nötigen Geldmittel im Anleihewege bereitzustellen. Der Staatssekretär für Finanzen Dr. Steinwender beschied am Mittwoch die Vertreter der Wiener Banken zu sich, um ihnen seine diesbezüglichen Absichten zu eröffnen; gestern fand bei der Postsparkasse eine Sitzung aller im früheren „Oesterreicherkonfortium“ vertretenen deutsch-österreichischen Bankinstitute statt, wobei gleichfalls über die kommende erste deutsch-österreichische Staatsanleihe beraten wurde. Wie verlautet, würde Staatssekretär Dr. Steinwender die Auflegung einer 4prozentigen langfristigen oder Rentenanleihe für angezeigt erachten, während in der gestrigen Bankkonferenz von verschiedenen Seiten einem 4½- oder 5prozentigen Typus der Vorzug gegeben wurde. Als Umfang der Anleihe sollen eine bis zwei Milliarden in Betracht kommen. Die Vertreter der Wiener Banken dürften heute die Verhandlungen mit dem Staatssekretär Dr. Steinwender fortsetzen.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner, es sei bei der Einsicht der leitenden Persönlichkeiten der Wiener Banken in die politische und wirtschaftliche Lage und bei ihrem Entgegenkommen gelungen, für das neue 250 Millionen-Kronen-Anlehen der Stadt Wien verhältnismäßig günstige Bedingungen zu erzielen. Die Gemeinde Wien sei die erste öffentliche Körperschaft, welche in diesen schwierigen Zeiten ein langfristiges Anlehen zu billigen Zinsen erhalten hat. Die Banken übernehmen das Anlehen zu 89½ Prozent und werden es zur öffentlichen Subskription zum Kurse von 91 auflegen. Die Laufzeit des Anlehens beträgt 60 Jahre, der Zinsfuß 4 Prozent. Die Anträge des Berichterstatters werden einstimmig angenommen. Das Reserat wird den Gemeinderat in der nächsten Sitzung beschäftigen.